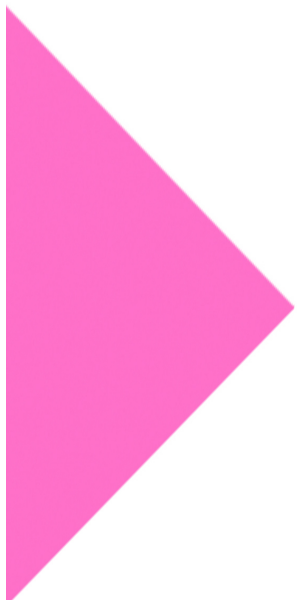
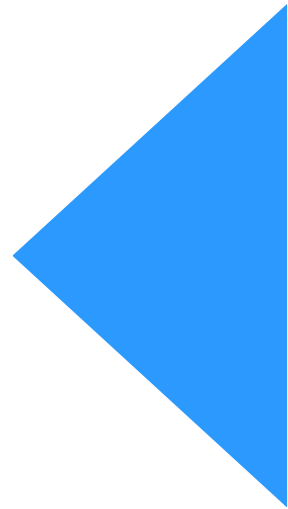


**Prüfsteine des  
Dachverbands der Migrantinnenorganisation (DaMigra e.V.)  
zur Bundestagswahl 2017**





## Impressum

---

**DaMigra e.V.**  
Dachverband der  
Migrantinnenorganisationen

Am Sudheus 2  
12053 Berlin

[info@damigra.de](mailto:info@damigra.de)  
[www.damigra.de](http://www.damigra.de)

Verantwortlich	DaMigra e.V.
Redaktion	Nadiye Ünsal, Saboura Naqshband, Nevrus Karadas, Loubna Messaoudi
Layout	Loubna Messaoudi

Mai 2017

# Inhalt

---

## Wahlprüfsteine

Politische Teilhabe	_____	4
Arbeit und Bildung	_____	4
Wohnen	_____	6
Gesundheit und Gesundheitssystem	_____	6
Gleichstellung und Antidiskriminierung	_____	7
Geschlechtsspezifische Diskriminierung	_____	7
Kultur des Zusammenlebens	_____	8
Interkulturelle Öffnung	_____	9
Kunst, Kultur, Medien und Freizeitangebote	_____	9



## Politische Teilhabe für Migrantinnen\*

---

### **Kommunalwahlrecht auf Bundesebene durchsetzen!**

Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte machen fast 10% aller Wahlberechtigten in Deutschland aus. Ihr Wahlverhalten ist jedoch wenig erforscht. Auf Bundes-, Landes-, Kommunal- und europäischer Ebene können uneingeschränkt nur Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit wählen. Seit einer Änderung des Grundgesetzes (1992) dürfen Ausländer mit EU-Staatsangehörigkeit an Kommunalwahlen teilnehmen. Für sog. "Drittstaatenausländer" gilt dies jedoch nicht: Sie dürfen weder wählen, noch sich zur Wahl stellen lassen; ganz ungeachtet dessen wie lange sie schon in Deutschland aufhalten, wieviel Steuern sie gezahlt haben, noch wie aktiv sie sich im gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen Zusammenleben engagieren.

Im sog. Einwanderungsland Deutschland besitzen 10-15 % der volljährigen Bürger kein Wahlrecht (Quelle: Mediendienst Integration). In nahezu 16 EU-Ländern dürfen Ausländerinnen\* zumindest an den Kommunalwahlen teilnehmen.

### **Repräsentation in der politischen Wahllandschaft stärken!**

Was trägt Ihre Partei konkret dazu bei Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte, insbesondere Frauen\*, einen Zugang zu politischer Teilhabe zu ermöglichen? Welches Ziel setzt sich Ihre Partei für die Einführung des Kommunalwahlrechts für Drittstaatler, um ihre tatsächliche Integration voranzubringen?

Migrantinnen\* machen mittlerweile fast 19% des bundesdeutschen Bevölkerungsanteils aus. Im Bundestag jedoch kommen von 631 Abgeordneten lediglich 6% aus Einwandererfamilien. Bei den Parteien sieht es ähnlich mager aus: Von Links bis Rechts verzeichnen die meisten Parteien 1, 6 oder höchstens 12 % an Menschen mit Migrationsgeschichte in ihren Reihen.

### **Frage**

Mit dem Blick auf eine politisch immer mehr polarisierte Gesellschaft - wie kann Ihre Partei zu einer Öffnung der Parteien und verbesserten Repräsentation von Migrantinnen\* beitragen? Inwiefern setzt sich ihre Partei mit dem blinden Fleck des Wähler- und Interessenspotentials von Deutschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte auseinander? Welches Programm sieht ihre Partei für die Inklusion von Frauen\* mit Flucht- und Migrationsgeschichte vor, um sie in ihren Führungskapazitäten und gesellschaftlicher Teilhabe zu stärken?

## Arbeit und Bildung

---

### **Care-Arbeit der Migrantinnen\* angemessen honorieren!**

In Deutschland sind die sozialen Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden, weiterhin von niedrigen Löhnen, schlechten Arbeitsbedingungen, begrenzte Aufstiegsmöglichkeiten, unzureichende Ausbildung und wenig gesellschaftliche Anerkennung gekennzeichnet. Das Pflegepersonal ist grundsätzlich unterbesetzt und statt der Pflege bleibt nur noch Zeit für die Mindestbedürfnisse der zu Pflegenden. Dies ist weder im Interesse des Personals noch der Pflegebedürftigen. Gerade im Hinblick auf die Care-Arbeit die auf

Migrantinnen\* ausgelagert wird leisten Frauen\* Sorgearbeit unter prekären Situationen. Dennoch wird trotz des steigenden Wirtschaftswachstums nicht in den sozialen und Pflegeberufen investiert.

**Frage** Hat Ihre Partei konkrete Pläne die Ausbildung zu verbessern? Haben Sie vor den Mindestgehalt zu steigern und gleichzeitig die Kurzarbeit und Aushilfsverträge zu minimieren, um Langzeitverträge und ausreichend Personal zu gewährleisten? Was unternehmen Sie, um Migrantinnen\* und geflüchtete Frauen\* von der Ausbeutung der Care-Arbeit zu schützen?

**Weiterbildung für Frauen\* ermöglichen!** Nicht zuletzt durch die Digitalisierung werden viele Migrantinnen\* auf dem Arbeitsmarkt abgehängt. Älteren Migrantinnen\* fehlt der Zugang zur Weiterbildung und die damit zusammenhängende Qualifizierung. Bei dem ohnehin schon geringen Angebot der Weiterbildung wird der Bedarf von älteren Frauen\* und alleinerziehenden Müttern\* mit Migrationsgeschichte nicht bedacht. Zudem ist noch zu bedenken, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt für hochqualifizierte Migrantinnen\* mit ausländischen Bildungsabschlüssen sehr schwierig ist. Eine entsprechende Weiterbildung könnte den Zugang beschleunigen.

**Frage** Wie will Ihre Partei diese Defizite aufheben? Wie bedenken Sie die teilweise fehlenden Infrastrukturen? Planen Sie Kinderbetreuung für alleinerziehende Mütter\* mit ein? Streben Sie eine Weiterbildung für Migrantinnen\* mit ausländischen Bildungsabschlüssen anstelle eines teuren Zweitstudiums, um ihre Abschlüsse zu erkennen?

**Pay Gap durch rechtliche Schritte beenden!** Der Gehaltsunterschied zwischen Frauen und Männern beträgt bei gleicher Arbeit und Arbeitnehmer nach Angaben des Statistischen Bundesamts in Deutschland fast acht Prozent. Es ist davon auszugehen, dass dieser Unterschied durch geschlechtsspezifische Diskriminierung zustande kommt. Allgemein liegt der Gehaltsunterschied bei 21 Prozent. Migrantinnen\* sind dem durch die Mehrfachdiskriminierung doppelt ausgesetzt.

**Frage** Hat Ihre Partei vor diese Lücke durch spezifische Maßnahmen für Frauen\* mit Flucht- und Migrationsgeschichte zu schließen? Falls ja, wie abhängig sind diese Maßnahmen von der Bleibeperspektive der geflüchteten Frauen\*? Arbeiten Sie darauf hin „gleichen Lohn für die gleiche Arbeit“ gesetzlich zu verankern? Wie haben Sie vor die Mehrfachdiskriminierung am Arbeitsplatz und vor allem bei der Arbeitssuche zu bekämpfen?

**Altersarmut verhindern!** Durch die Niedriglöhne im sozialen Arbeitsbereich, der Care-Arbeit, dem Pay Gap, der Aberkennung ausländischer Bildungsabschlüssen und der Mehrfachdiskriminierung sind Migrantinnen\* besonders von der Altersarmut betroffen. Trotz steigender Konjunktur wird die Kluft zwischen den sozialen Schichten immer größer.

**Frage** Welche Schritte unternimmt Ihre Partei um diesen Frauen\* ein Altern in Würde zu ermöglichen?

## Wohnen

---

**Bezahlbaren Wohnraum für alle!** Ein bezahlbarer Wohnraum mit gut angebundener Infrastruktur ist für Migrantinnen\* und besonders geflüchtete Frauen\* kaum gegeben. Durch Gentrifizierungsprozesse in den Städten und Verdrängung in die Stadtrandgebiete entstehen weitere soziale Ausschlüsse. Damit sind dann geringe Bildungschancen und mangelnde Teilhabe in der Gesellschaft vorprogrammiert. Die daraus resultierenden Sprachdefizite, mangelnde soziale Angebote sowie Bildungsangebote führen dann zur Ausgrenzung. Etliche Mieterinnen\*proteste sind ein Beispiel dafür wie bedroht bezahlbarer gut angebundener Wohnraum heute ist.

**Frage** Wie möchte Ihre Partei soziales Wohnen für Migrantinnen\* und geflüchtete Frauen\* im Stadttinneren ermöglichen? Was plant ihre Partei konkret für die bessere ÖPNV-Anbindung der Stadtränder und den Ausbau von (sozialen) Infrastrukturen dort? Was unternehmen sie konkret gegen die Privatisierung von Wohnraum und für den Ausbau des Sozialwohnraums? Welche konkreten Maßnahmen planen sie gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt?

## Gesicherten Zugang zum Gesundheitssystem auch für Frauen\* und LGBTI\*Q mit Fluchtgeschichte jetzt ermöglichen!

---

**Gesundheitssystem interkulturell reformieren!** Die Faktoren Migration, Flucht und Geschlecht und die damit verbundenen Diskriminierungserfahrungen wirken sich maßgeblich auf die physische und psychische Gesundheit von Frauen\* mit Migrationsgeschichte aus. Ihr Weg zur ganzheitlich gesundheitlichen Versorgung ist oft mit Sprach- und Informationsbarrieren gespickt. Ressourcen von Migrantinnen\* müssen gewertschätzt und gestärkt werden, diskriminierungs- und kultursensible Konzepte von Krankheit, Heilung und Ernährung müssen einen Weg in die schulmedizinische Versorgung von Patientinnen\* finden. Obwohl Migrantinnen\* fast ein Viertel der deutschen Bevölkerung ausmachen, gibt es kaum Daten zu ihrer Gesundheitssituation und gesundheitlichen Versorgung. Besonders im Hinblick auf einen immer älter werdenden Anteil von Migrantinnen\* braucht es eine Weiterentwicklung hin zu einer verbesserten gesundheitlichen Versorgung von Migrantinnen\*, die den je spezifischen Bedarfen von Frauen\* gerecht wird. Dazu gehört auch eine Entstigmatisierung des Reproduktionswunsches von Frauen\* unabhängig ihrer Herkunft!

**Frage** Wie könnte Ihre Partei dazu beitragen den Zugang zum Gesundheitssystem für Migrantinnen\* und Geflüchtete, insbesondere Sprachbarrieren, zu erleichtern? Welche Programme sieht Ihre Partei vor, um die öffentlichen Dienststellen des Gesundheitssystems, also Ärzte, Gesundheits- und Krankeneinrichtungen, diversity- und diskriminierungssensibler zu gestalten? Wie wird Ihre Partei einer der vulnerabelsten Gruppen – geflüchtete Frauen\*, LGBTI\*Q und Opfer von Menschenhandel – eine faire Gesundheitsversorgung, inkl. Von Hormonbehandlungen für

Trans\*personen, ermöglichen? Wie können von rassistischer oder geschlechtsspezifischer Gewalt Betroffene diskriminierungssensible Angebote für Traumabehandlung und Psychotherapie wahrnehmen?

## Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik

---

### **In Bezug auf den Schutz der Menschenrechte handeln!**

Angeichts des Erstarkens von rassistischen, rechts-populistischen Diskursen und Bewegungen, desolaten Zuständen in Flüchtlingsunterkünften, Kleidungs Vorschriften für Muslime\*, der Diskriminierung von geflüchteten Frauen\* bei juristischen Verfahren stellt sich die Frage, ob die Gesetze in der Bundesrepublik für alle, überall gleichermaßen gelten. Frauen\* mit Migrations- und Fluchtgeschichte kämpfen in einem skandalösen Maße mit sexuellen und rassistischen Übergriffen in Flüchtlingsunterkünften, mit desolaten Lebensbedingungen mitten unter uns, hier in der Bundesrepublik Deutschland. Laut einer Studie der Psychiatrischen Universitätsklinik der Charité leiden rund 50 Prozent der Frauen\*, die in Flüchtlingsunterkünften leben müssen, an Angstzuständen und „stark ausgeprägter Traurigkeit“. Fünf Prozent der befragten Frauen\* berichten von starken Selbstmordgedanken. Einer der Gründe sind sexuelle Übergriffe in Flüchtlingsunterkünften, die sie von weißen Deutschen genauso wie von Geflüchteten erfahren.

**Frage** Welche Maßnahmen werden getroffen, um die Grund- und Menschenrechte von geflüchteten Frauen\* zu wahren? Welche Gegenmaßnahmen trifft die Bundesregierung gegen Mehrfachdiskriminierung von Frauen\* mit Migrations- und Fluchtgeschichte aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Sexualität, Religion und/oder Herkunft? Warum werden sexuelle Übergriffe konsequenter und strenger verfolgt, wenn es sich bei den Tätern um Männer mit Migrations- oder Fluchtgeschichte handelt?

## Geschlechtsspezifische Diskriminierung und Gewalt beenden

---

### **Die Istanbul Konvention zügig umsetzen!**

Die Bundesregierung hat am 8. März 2017 – dem internationalen Frauenkampftag – angekündigt, mit der Ratifizierung der Europaratskonvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen\* und häuslicher Gewalt (Istanbulkonvention) zu beginnen. Die Konvention schreibt den Vertragsparteien die Erstellung allumfassender Maßnahmen zum Schutz, Verhütung, Verfolgung und Beendigung aller Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt vor. Die Konvention richtet sich sowohl gegen Gewalt, die im Privaten erfahren wird, als auch gegen geschlechtsspezifische Gewalt im öffentlichen Raum.

Trotz herrschender Antidiskriminierungsgesetzgebung, sind Frauen\* mit Migrations- und Fluchtgeschichte in vielen Bereichen ihres Lebens von geschlechtsspezifischer Gewalt aber oft auch von mehreren Diskriminierungsmerkmalen zugleich betroffen, d. h. Frau\* zu sein, nicht - deutsch bzw. nicht weiß zu sein, aus einer benachteiligten sozialen Schicht zu kommen, hohen Alters und/oder mit einer Behinderung zu

leben, homo-, trans-, oder intersexuell zu sein, führt dazu, dass viele gesellschaftliche Ausschlüsse ineinander verschränkt bzw. intersektional erlebt werden. Diese Ausschlüsse erfahren Frauen\* mit Migrations- und Fluchtgeschichte nicht nur im Alltag, sondern auch strukturell durch Institutionen, diskriminierende Gesetze wie z.B. Residenzpflicht, verdachtsunabhängigen Polizeikontrollen, Asylgesetzverschärfungen oder dem eingeschränkten Zugang zum Bildungs-, Arbeits- und Gesundheitssystem. Es mangelt in allen Bereichen an Beratungs- und Begleitungsangeboten für Frauen\* mit Flucht- und Migrationsgeschichte sowie spezifischen Inklusions- und Empowermentmaßnahmen vor allem im Bereich Arbeit, Gesundheit und Bildung. Bei der Umsetzung der Maßnahmen im Zuge der Implementierung der Istanbulkonvention sollen daher auch zivilgesellschaftlich Akteurinnen\* als Berater – und Mitgestalterinnen\* involviert werden.

**Frage** Wie trägt ihre Partei zu Umsetzung zur Istanbulkonvention bei? Welche konkreten Maßnahmen zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt in allen Lebensbereichen von Migrantinnen\* und geflüchteten Frauen sind geplant oder umgesetzt? Inwiefern werden Migrantinnen\* - und geflüchteten Frauenorganisationen Teil des Monitoringprozesses sein? Wie stellt sich ihre Partei die politische als auch finanzielle Stärkung von Migrantinnen\*- und geflüchteten Frauenorganisationen, Anlauf- und Beratungsstellen konkret vor?

## Für eine Kultur des Zusammenlebens

---

**Die Veränderung des öffentlichen Diskurses!** Islam-Gesetz, Burka-Verbot, Doppelte Staatsangehörigkeit, Leitkulturdebatte. Die Ausgrenzungsemantik, die sich mit den Signalworten verbinden, entlarven die medienwirksamen Initiativen als das, was sie sind: Eine antimuslimische Finte im Wahlkampf. Das ist unwürdig. Denn offensichtlich ist ein respektvoller öffentlicher Diskurs über die Gepflogenheiten und leitenden Normen des zukünftigen Zusammenlebens bitter notwendig. Es geht darum, sowohl die Mehrheitsgesellschaft als auch Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte in Diskursformen zu schulen, die nicht mehr auf Unterschiede aufmerksam machen, um sie als Berechtigung für Ausgrenzung zu nutzen, sondern eine Diskursform zu nutzen, um eine Kultur des Zusammenlebens zu etablieren.

**Frage** Welche Maßnahmen werden getroffen, um einen politischen Diskurs ohne Überheblichkeit und gesellschaftliche Ausgrenzungen (aufgrund des Geschlechts der Sexualität oder Herkunft) führen zu können?



## Interkulturelle Öffnung

---

### **Maßnahmen zur Förderung von Frauen\* mit Migrations- und Fluchtgeschichte!**

In 2017 geht es mehr denn je um die Frage, wie eine gleichberechtigte Teilhabe aller in einer Einwanderungsgesellschaft gelingt. Es geht um die nachhaltige interkulturelle Öffnung der Gesellschaft, den Organisationen und Institutionen für Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte.

DaMigra e. V. erkennt keine konsistente zielorientierte Gleichstellungspolitik der Bundesregierung. Die gesetzlichen Grundlagen sind in ihrer Reichweite begrenzt und bieten keinen umfassenden Schutz vor Diskriminierung.

Der Bundestag hat beispielsweise 2017 ein Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen\* und Männern verabschiedet. Arbeitnehmerinnen\* in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten erhalten künftig einen Auskunftsanspruch über die Lohnstrukturen in ihrer Firma. Notfalls können sie eine höhere Bezahlung einklagen. Das ist gut. Allerdings sind Frauen\* mit Migrations- und Fluchtgeschichte weiterhin Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt.

**Frage** Welche Maßnahmen sind geplant, um Zugangsbarrieren für Menschen, insbesondere für Frauen\* mit Migrations- und Fluchtgeschichte abzubauen?  
Welche Strukturfördermittel werden dafür zur Verfügung gestellt?

## Kunst, Kultur, Medien und Freizeitangebote

---

### **Zugang für Migrantinnen\* und geflüchtete Frauen\* öffnen!**

Sport, Kunst und Kultur sind elementare Bedürfnisse aber auch Voraussetzung für mehr gesellschaftliche Partizipation und Austausch. Sport- und Freizeitaktivitäten für Migrantinnen\* und geflüchtete Frauen sind neben selbstorganisierten Sportgruppen jedoch kaum vorhanden in sozialen Einrichtungen. Dies betrifft vor allem geflüchtete Frauen\* und insbesondere muslimische Frauen\*. Auch der Zugang zu Kultur- und Kunstveranstaltungen ist nicht gegeben. Die wenigen Angebote werden mehrheitlich von Migrantinnen\*selbstorganisationen mit kaum bis keinen Mitteln gemacht. DaMigra e.V. war Teil des CEDAW Alternativbericht-Komitees und hat den Mangel an Zugang und Angeboten für Migrantinnen\* und geflüchtete Frauen\* im Kunst-, Kultur- und Freizeitbereich zuletzt im diesjährigen Alternativbericht kritisiert. Es gibt einige Versuche auf Bundesebene die Angebote von Kunst- und Kulturbetrieben auch an Migrantinnen\* zu richten (wie z.B. das Projekt „Kultur öffnet Welten“). Jedoch mangelt es weiterhin an Unterstützung für Kunst- und Kulturprojekte von Migrantinnen\* und geflüchtete Frauen\* sowie am Anteil von Migrantinnen\* und geflüchteten Frauen\* in deutschen Kunst- und Kulturbetrieben. Wir sind in Kunst, Kultur und Medien nicht repräsentiert. Es wird weiterhin von uns ohne uns gesprochen. Migrantinnen\* und geflüchtete Frauen\* halten als Vorzeigeobjekt für stereotypisierte Integrations- und Islamisierungsdebatten her. Die Vielfalt der Biografien, Selbstverständnisse und Fähigkeiten wird durch die mangelnde Repräsentanz ausgeblendet. Wir möchten unsere eigene Stimme gegen rassistische und sexistische Hetze erheben, uns empowern und keine populistische Stimmungsmache, die über unseren Kopf hinweg gemacht

wird, annehmen müssen.

**Frage** Welche konkreten sowie spezifischen Maßnahmen plant ihre Partei für die Öffnung der Kunst-, Kultur- und Freizeitangeboten für Migrantinnen\* und geflüchtete Frauen\*? Wie kann eine nachhaltige Finanzierung von Kunst, Kultur- und Freizeitprojekten von Migrantinnen\*(organisationen) aussehen? Mit welchen konkreten und spezifischen Maßnahmen möchten sie den Anteil von Migrantinnen\* und geflüchteten Frauen\* in deutschen Kunst-, Kultur- und Medienbetrieben erhöhen?